



Niederschrift

41. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport

Sitzungstermin: Dienstag, 18.09.2018
Sitzungsbeginn: 17:30 Uhr
Sitzungsende: 20:30 Uhr
Ort, Raum: Regenbogenschule Fahrland, Ketziner Str. 31C, 14476 Potsdam,
Fachraum NAWI, 3. Etage

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Clemens Viehrig CDU/ANW

Ausschussmitglieder

Frau Gesine Dannenberg	DIE LINKE	bis 20:15 Uhr
Herr Stefan Wollenberg	DIE LINKE	
Herr Uwe Adler	SPD	ab 17:45 Uhr
Herr Claus Wartenberg	SPD	Vertretung für: Herrn Daniel Keller SPD
Frau Ingeborg Naundorf	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Simon Wohlfahrt	DIE aNDERE	

sachkundige Einwohner

Herr Roman Böttcher	DIE aNDERE	
Herr Viktor Kalitke	Migrantenbeirat	
Frau Tina Lange	DIE LINKE	
Frau Grit Schkölziger	SPD	ab 17:55 Uhr
Herr Ronald Sima	DIE LINKE	
Frau Eva Wieczorek	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Hans-Joachim Ziebarth	CDU/ANW	

Beigeordnete

Frau Noosha Aubel Beigeordnete
Bildung, Kultur, Sport

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Einreicher: Fraktion DIE aNDERE
WA KIS

- 3.5 Neufassung der Honorarordnung - Volkshochschule Potsdam (VHS)
Vorlage: 18/SVV/0369
Einreicher: Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur und Sport
FA, HA
- 3.6 Inklusion im Sport fördern
Vorlage: 18/SVV/0351
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
GSI
- 3.7 Gründung Netzwerk "Inklusiver Sport" in der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 18/SVV/0335
Einreicher: Fraktion DIE LINKE
GSI
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 4.1 Gesamtkonzept für die Stadtteilarbeit ab 2018
Vorlage: 18/SVV/0648
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Soziales und Gesundheit
- 4.2 Vorstellung Grundbildungszentrum
- 4.3 Schulstandort im Bereich der Medienstadt
- 4.4 Aktuelle Situation Schulentwicklungsplanung
Sachstand Baumaßnahmen
- 4.5 Konzept Ausschreibungsbedingungen für die Schulreinigung
- 4.6 Anforderungen Arbeitsschutz Goethe-Grundschule
- 4.7 Erweiterung der Regenbogenschule Fahrland
- 4.8 Situation am Luftschiffhafen / Olympiastützpunkt
- 4.9 Berichterstattung Schulplanung Krampnitz
- 5 Sonstiges
- 5.1 Information Ü7-Verfahren
- 5.2 Information Sanierung Becken Schwimmhalle am Luftschiffhafen
- 5.3 Arbeitsgruppe Schulentwicklungsplanung
- 5.4 Situation an der Friedrich-Wilhelm-von-Steuben Gesamtschule

- 5.5 nächste Ausschusssitzungen
- 5.6 Information zum Thema Jugendschule am Schlänitzsee der Montessori-Oberschule

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende **Herr Viehrig** eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 19.06.2018 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Herr Viehrig stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind **6** stimmberechtigte Mitglieder des Ausschusses anwesend.

Folgende Anmerkungen zur Niederschrift der Ausschusssitzung am 19.06.2018 liegen vor:

Herr Sima bittet darum, seinen Redebeitrag im Tagesordnungspunkt 4.7 - Aktuelle Situation Schulentwicklungsplan (Sachstand Baumaßnahmen) wie folgt abzuändern:

„Herr Sima fragt nach dem Standort Heinrich-Mann-Allee geht auf die Goethe Grundschule in Babelsberg ein.

Nach einer Arbeitsschutzbegehung sei informiert worden, dass der KIS Gespräche bezüglich des Arbeitsschutzes verweigert habe.

Bezüglich des Standortes an der Heinrich-Mann-Allee geht er auf die mit dem letzten Protokoll ausgehändigte Präsentation ein. In dieser sei das Vorhaben nicht schlüssig dargestellt worden. Die Schule sei verwirrt, dass das Schulgebäude tangiert werde.“

Die so geänderte Niederschrift wird zur Abstimmung gestellt:
Der Niederschrift wird, bei 2 Enthaltungen, **zugestimmt**.

Folgende Anträge auf Rederecht liegen vor:

- TOP 3.5 - Neufassung der Honorarordnung - Volkshochschule Potsdam (VHS)

Herr Dr. Xhyra, Direktor der VHS Potsdam
Frau Spaan, Kursleiterrat der VHS Potsdam
Herr Krems, ehem. Referent Senatsverwaltung Berlin

- TOP 3.6 - Inklusion im Sport fördern und
TOP 3.7 - Gründung Netzwerk "Inklusiver Sport" in der Landeshauptstadt
Potsdam
Herr Richter, Beauftragter für Menschen mit Behinderung
Herr Dr. Henrich, Stadtsportbund Potsdam
- TOP 4.7 – Erweiterung der Regenbogenschule Fahrland
Frau Kober, stellv. Schulleiterin der Regenbogenschule Fahrland
Herr Okoko, Beirat für Menschen mit Behinderung

Den vorliegenden Rederechten wird **einstimmig zugestimmt**.

Herr Viehrig schlägt vor, den Tagesordnungspunkt 4.7 - Erweiterung der Regenbogenschule Fahrland zu Beginn zu behandeln, um der stellvertretenden Schulleiterin Frau Kober die Möglichkeit zu geben, am Tagesordnungspunkt teilzunehmen.

Der Tagesordnungspunkt 3.1 – Bedarfsplan für Kindertagesbetreuung der Landeshauptstadt Potsdam 2018/2019 soll **bis zur Ausschusssitzung im Oktober zurückgestellt** werden, da aufgrund des zeitgleich stattfindenden Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr kein Vertreter des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie teilnehmen kann.

Zum Tagesordnungspunkt 3.2 - Sportstättenpotenzialfläche in Babelsberg informiert er, dass der Ausschuss für Bildung und Sport hier federführend sei und man zunächst die Voten der anderen Ausschüsse abwarten wolle und den Tagesordnungspunkt **im Oktober erneut auf die Tagesordnung** setzen wird.

Des Weiteren sollen die Tagesordnungspunkte 3.6 – Inklusion im Sport fördern und 3.7 - Gründung Netzwerk "Inklusiver Sport" in der Landeshauptstadt Potsdam zum Ende der Sitzung behandelt werden, da dann Herr Richter, als Beauftragter für Menschen mit Behinderung anwesend ist.

Der Tagesordnungspunkt 4.1 - Gesamtkonzept für die Stadtteilarbeit ab 2018 soll ebenfalls auf die **OktoBERSITZUNG verschoben werden**, da auch hier aufgrund des zeitgleich stattfindenden Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Inklusion kein Vertreter des Fachbereiches Soziales und Gesundheit teilnehmen kann.

Frau Aabel bittet darum, eine Information zum Thema Jugendschule am Schlänitzsee der Montessori-Oberschule unter „Sonstiges“ mit aufzunehmen.

Der so geänderten Tagesordnung wird **einstimmig zugestimmt**

Herr Viehrig informiert, dass ab sofort Herr Wohlfahrt für die Fraktion DIE aNDERE an den Ausschusssitzungen teilnehmen wird:

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

**zu 3.1 Bedarfsplan für Kindertagesbetreuung der Landeshauptstadt Potsdam
2018/2019
Vorlage: 18/SVV/0614**

Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Kinder, Jugend und Familie
FA, JHA (ff)
betroffene OBR

zurückgestellt, bis zur Oktobersitzung.

**zu 3.2 Sportstättenpotenzialfläche in Babelsberg
Vorlage: 18/SVV/0269**

Einreicher: Fraktion CDU/ANW, SPD
SBV, KOUL, B/Sp. (ff)

zurückgestellt, bis zur Oktobersitzung.

**zu 3.3 Pachtvertrag Sportplatz Nowawiese
Vorlage: 18/SVV/0348**

Einreicher: Fraktion DIE aNDERE
SBV, JHA, WA KIS, HA

Herr Adler ist nun anwesend, somit sind nun **7** stimmberechtigte Mitglieder des Ausschusses anwesend.

Herr Wohlfahrt fasst den Inhalt des Antrages zusammen.

Durch den Abschluss eines Pachtvertrages mit dem Verein SV Concordia Nowawes 06 e.V. sollen die Probleme hinsichtlich der eingeschränkten Nutzbarkeit durch die Beleuchtungssituation gelöst werden.

Der Verein soll rechtsverbindlich die Haftpflicht übernehmen um für eventuell eintretende Schäden, die aus der Platznutzung mit einer nicht DIN-gerechten Beleuchtung entstehen, einzutreten.

Er berichtet, dass in den bisherigen Debatten zum Thema die genannten Lösungsvorschläge seitens der Verwaltung nicht angenommen wurden und sich immer neue Probleme aufgetan hätten. Die vorliegende Infrastruktur müsse genutzt werden, man dürfe den Sportplatz nicht verkümmern lassen.

Über den Sachstand sollte die Stadtverordnetenversammlung bereits im September informiert werden, daher bittet er um schnellstmögliche Abstimmung zum Antrag.

Herr Viehrig verweist auf das Votum aus dem Werksausschuss KIS. Dieser lehnte die Drucksache am 13.09.2018 ab.

Frau Aubel geht auf die Äußerungen von Herrn Wohlfahrt ein.

Die Darstellung, dass die Verwaltung kein Interesse am Erhalt der Sportfläche hätte, sei nicht im Ansatz zutreffend. Die Verwaltung hat sehr wohl ein hohes Interesse daran, die Nutzung auf dem Sportplatz zu ermöglichen. Prüfungen in Richtung der Beleuchtung und bezüglich des Rasenbelages wurden durchgeführt.

Herr Richter verweist auf die lange Historie zum Thema. In Auseinandersetzungen mit der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten (SPSG) wurde deutlich, dass es nicht möglich sei die bestehenden gesetzlichen

Regelungen zu umgehen.

Er verweist auf das Ergebnis der rechtlichen Prüfung. Dieser ist zu entnehmen, dass der Abschluss eines Pachtvertrages nicht hilfreich sei, da der Haftungsausschluss für den KIS nicht gewährleistet wäre. Herr Richter betont, dass er nicht in private Haftung gehen werde. Aus diesem Grund habe der Werksausschuss die Empfehlung zur Ablehnung des Antrages gegeben.

Herr Wollenberg bittet darum, dem Ausschuss die erwähnte juristische Stellungnahme zur Verfügung zu stellen und der Tagesordnungspunkt im Oktober erneut auf die Tagesordnung gesetzt wird.

Herr Wohlfahrt betont noch einmal, dass seitens der Verwaltung Lösungsvorschläge benötigt werden.

Es wurde viel Geld in den Platz investiert, trotzdem sei dieser nicht gut gestaltet. In anderen Fällen sei die Haftungsfrage auch lösbar gewesen.

Herr Richter schlägt vor, das Ergebnis der Prüfung, als Anlage ans Protokoll zu hängen. Hierzu müsse der KIS allerdings zunächst die Freigabe durch den Verfasser einholen.

Auf Anmerkung von Herr Wohlfahrt, dass der Platz keine Drainage habe, weist Herr Richter darauf hin, dass es eine Drainage gebe. Diese sei jedoch nicht DIN-gerecht.

Herr Dr. Henrich verweist auf einen Ministerbeschluss der damaligen Ministerin Dr. Kunst. Dieser enthalte auch schriftliche Anmerkungen der SPSG und sei weiterhin bindend.

Herr Böttcher verweist auf den Ursprungsantrag zur Beleuchtung. Hier sei seitens der Stadt immer die Nichtmöglichkeit dargestellt worden. Die Fraktion habe hier die Arbeit der Verwaltung übernommen und Lösungsvorschläge gegeben. Diese wurden meist mit der Begründung abgelehnt, dass sie rechtlich unzulässig seien.

Herr Sima bittet, den erwähnten Ministerbeschluss für die Ausschusssitzung im Oktober vorzulegen.

Dann müsse man klären welche Möglichkeiten für eine optimale Nutzbarkeit des Platzes es gebe und mit der SPSG ins Gespräch gehen.

Auf Nachfrage von **Herr Viehrig**, weshalb an den Wochenenden keine Nutzung für Wettkämpfe möglich sei, erläutert **Herr Gessner**, dass der Platz sehr wohl für den Spielbetrieb tauglich sei. Die Sanitäreanlagen im benachbarten Strandbad können von den Spielern mitgenutzt werden.

Die Denkmalschutzbehörde wurde aufgrund des Ministerbeschlusses am Prozess beteiligt. Der Ministerbeschluss sei Grundlage für die Baugenehmigung gewesen. Beispielsweise wurde in diesem auch die Bebauung (Sportfunktionsgebäude) untersagt.

Um weitere Maßnahmen zu ermöglichen wäre ein neues Dissensverfahren erforderlich. Ein solches Verfahren sei allerdings langwierig.

Herr Böttcher merkt bezüglich der Mitnutzung der Sanitäreanlagen des Strandbades an, dass die Mitarbeiter des Strandbades die Sportler zum Teil nicht hineinlassen. Zudem sei das Strandbad zu weit entfernt. Auch stünden weiterhin keine Räumlichkeiten, nur die Sanitäreanlagen zur Verfügung.

Herr Gessner informiert, dass es eine schriftliche Vereinbarung mit dem Strandbad Babelsberg gebe, sodass der Zutritt für die Sportler gewährt werden müsse. Der Verein hätte sich seines Wissens nicht gemeldet und ein Problem

artikuliert.

Herr Böttcher bittet, ihm diese Vereinbarung zur Verfügung zu stellen.

Die Anträge Pachtvertrag Sportplatz Nowawiese, DS 18/SVV/0348 und Kunstrasenplatz Nowawiese, DS 17/SVV/0286 werden bis zur Ausschusssitzung im Oktober **zurückgestellt**. In der Sitzung soll das Rechtsgutachten zur Haftungsfrage, sowie der Ministerbeschluss vorgelegt werden.

**zu 3.4 Kunstrasenplatz Nowawiese
Vorlage: 17/SVV/0286**

Einreicher: Fraktion DIE aNDERE
WA KIS
zurückgestellt, siehe Tagesordnungspunkt 4.1

zu 4.7 Erweiterung der Regenbogenschule Fahrland

Die stellvertretende Schulleiterin **Frau Kober** berichtet, dass die Schülerzahl an der Regenbogenschule Fahrland innerhalb weniger Jahre von 240 auf 300 Schülerinnen und Schüler gestiegen sei. Durch die Parallelnutzung von Schule und Hort sei die Raumsituation schwierig und der vorhandene Platz zu knapp. Wunsch der Schule sei es, in die aktuellen Planungen mit einbezogen zu werden.

Herr Richter stellt die Erweiterungspläne für die Schule vor. Die Schule soll bis zum nächsten Sommer, bei laufendem Betrieb auf drei Züge erweitert werden. Sechs Klassenräume werden dadurch dauerhaft gewonnen. Des Weiteren werde eine Containeranlage zur Unterbringung der Speiseversorgung gebaut um für die nächsten Jahre in der Schule auch dadurch weitere Räume zu schaffen. Bis etwa 2025 seien dann weitere Sanierungsarbeiten geplant. Auf dem benachbarten, städtischen Gebiet werde die Schaffung einer Hort-Interimslösung geprüft, diese Horträume werden dann auch als Unterrichtsräume genutzt um für die Zeit der Sanierung des Hauptgebäudes auszuweichen zu können. Eine Zweifeldturnhalle werde neu errichtet. Die Bestandsturnhalle werde dann als Mensa und zur Speiseversorgung genutzt. Von der Errichtung einer neuen Turnhalle würde auch der Vereinssport in Fahrland profitieren. Abschließend soll auch der Hort einen dauerhaften Erweiterungsbau erhalten. Eine entsprechende Präsentation zu den Erweiterungen wird der Niederschrift als Anlage beigefügt. **(Anlage 1)** Eine Summe zwischen 8 Mio. € und 10 Mio. € für die einzelnen Etappen werde eingeplant.

Herr Wartenberg ergänzt, dass in der Einwohnerversammlung Fahrland der zeitliche Rahmen bis 2026 benannt wurde.

Frau Lange äußert, dass die Freifläche sich in einem Landschaftsschutzgebiet befinde. **Herr Richter** erklärt dazu, dass die Herauslösung der Fläche aus dem Landschaftsschutzgebiet geplant sei.

Herr Wartenberg merkt an, dass die langfristig geplante Tram-Strecke in

unmittelbarer Nähe enden werde und dort dann Flächen für ein Tram-Depot, für die Stadtentsorgung und die Feuerwehr im Gespräch seien. Da für diese Vorhaben einiges an Fläche aus dem Landschaftsschutzgebiet herausgezogen werden soll wäre es günstig, die beiden Verfahren gemeinsam anzuschieben. Eine Herauslösung aus dem Landschaftsschutz müsse zeitnah beantragt werden. **Herr Richter** weist darauf hin, dass das Gesamtverwaltungsinteresse abgestimmt sei.

Frau Naundorf fragt, ob es auch Pläne zur IT-Ausstattung gebe.

Frau Aubel erläutert, dass es Medienentwicklungsplanungen gebe. Gemeinsam mit dem Fachbereich Steuerung und Innovation wurden gesamtstädtische Standards entwickelt. Es bestehe ein hohes Interesse diese Standards einzuhalten.

Auf Nachfrage von **Frau Wieczorek**, ob bei der Planung auch auf Gruppenräume geachtet worden sei, bestätigt **Herr Richter**, dass diese mit dem Fachbereich Bildung und Sport abgestimmt wurden und in der Planung enthalten seien.

Herr Wohlfahrt fragt, ob die Bauten auch barrierefrei geplant werden.

Herr Richter bejaht dies für die Endlösungen. Allerdings könne eine Barrierefreiheit für die Interimsbauten nicht ermöglicht werden.

Herr Okoko stellt sich als Vertreter des Beirates für Menschen mit Behinderung vor. Er bittet darum, den Beirat in die Planungen mit einzubeziehen.

Herr Wartenberg ergänzt, dass es schwierig sei, bei Interimslösungen die Barrierefreiheit zu ermöglichen. Bei Neubauten werde die Barrierefreiheit allerdings grundsätzlich beachtet.

Auch der Beirat sollte mit aufmerksam sein. Sollten die Beschlüsse zur Barrierefreiheit nicht eingehalten werden müsse er Akteneinsicht beantragen und sich einbringen.

Herr Okoko informiert, dass sich der Beirat neu zusammengesetzt habe und sich nun stärker einbringen möchte. Auch für provisorische Bauten gebe es Lösungen welche auch nicht kostenintensiv seien.

Herr Richter bemerkt, dass in Einzelfällen bisher immer Lösungen gefunden wurden, so dass eine Beschulung immer ermöglicht werden konnte. Eine grundsätzliche Barrierefreiheit sei aber, wie im Fall der Containerlösungen nicht möglich.

Frau Naundorf fragt nach den Planungen bezüglich der Fahrradwege und der Schulwegsicherheit.

Herr Weiberlenn erläutert, dass die Fahrradwege Bestandteil des Radverkehrskonzeptes des Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen seien. Er verweist auf die Protokolle der letzten Ausschusssitzungen, in welchen Informationen zum Thema gegeben wurden.

Frau Schkölziger bittet, auch die Eltern entsprechend zu informieren und einzubeziehen

zu 3.5 **Neufassung der Honorarordnung - Volkshochschule Potsdam (VHS)**

Vorlage: 18/SVV/0369

Einreicher: Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur und Sport
FA, HA

Frau Spaan berichtet, dass sich der Kursleiterrat zwar freue, dass nun eine

Erhöhung des Honorars geplant sei, jedoch bestehe weiterhin dringender Handlungsbedarf, da die niedrigen Honorare und die daraus resultierende niedrige Rente zu Altersarmut bei den Dozenten führen werde.

Herr Krems stellt sich als ehemaliger Mitarbeiter der Referent Senatsverwaltung Berlin – zuständig für die Honorarordnung der VHS – vor.

Er geht auf die Änderungsvorschläge des Kurleiterrates der Volkshochschule, zur vorliegenden Neufassung der Honorarordnung ein. (**Anlage 2**).

Er lobt das Vorhaben einer Anhebung des Honorars. Das Problem sehe er darin, dass für die Erfüllung gleicher Aufgaben unterschiedliche Honorare gezahlt werden. Auch ein Anpassungsturnus müsse festgelegt werden. Eine Überprüfung und Anpassung der Honorarordnung seitens der Stadt in regelmäßigen Abständen sei nötig, damit die Dozenten nicht selbst die Initiative ergreifen müssen.

Er geht auf das Ausfallrisiko ein. Hier wird seitens des Kursleiterrates gefordert, dass das Honorar bei kurzfristigem Ausfall der Veranstaltung oder Veranstaltungsreihe - bis zu 14 Tage vor Veranstaltungsbeginn - bis zu 50 v. H. der vereinbarten Summe, bei kürzeren Fristen 75% beträgt, wenn der Ausfall allein durch die VHS zu verantworten ist. Bisher gebe es keine Ausfallregelung, eine solche würde aber Rechtssicherheit schaffen.

In Berlin gebe es schon länger eine Regelung zur Rentenversicherungspflicht für hauptberufliche Dozenten. Freiberuflich Tätige Dozenten erhalten Zuschüsse. Auch die Erstattung von Teilnahmebeiträgen für Fortbildungen müsse ermöglicht werden.

Frau Aubel erläutert, dass man nicht ohne weiteres auf alle geforderten Punkte eingehen könne. Hier seien gemeinsame Erörterungen notwendig.

Sie betont, dass man erst am Vortag der Sitzung die Änderungsvorschläge des Kursleiterrates erhalten habe und keine Rücksprachen mehr möglich gewesen seien.

Der Kursleiterrat sei von ca. 35 Personen, von insgesamt über 200 Dozierenden gewählt worden. Die ursprüngliche, vor dem Sommer eingebrachte Vorlage sei nach der Beratung im Finanzausschuss überarbeitet worden. Hieraus ergeben sich weitere Verbesserungen für die Dozierenden. Eine Synopse der Änderungen wurde beigelegt. Hier sei der Honorarrahmen angepasst worden. Im Zuge der Haushaltsaufstellung wurde für die VHS ein Anteil an Festanstellung - für Dozenten der Grundbildung und Dozenten für Deutsch als Fremdsprache – vorgeschlagen. Diesem Vorschlag sei keine der Fraktionen gefolgt. Demzufolge werden aktuell keine neuen Stellen in der VHS eingerichtet.

Bezüglich des Berliner-Modells informiert sie, dass der Prüfauftrag hierzu bisher noch ausstehe, eine Beantwortung erhalte man im Dezember.

Die Klärung, ob und wenn ja, wie man die Regelungen rechtssicher gestalten könne werde voraussichtlich bis Dezember vorliegen.

Auch prüfe die Stadt, wie eine Unterstützung der Dozenten im Hinblick auf Weiterbildungen ausgestaltet werden könne.

Sie weist darauf hin, dass Folge der geforderten Dynamisierung der VHS-Honorare entsprechend der Lohnentwicklung im Öffentlichen Dienst, aufgrund der Gleichberechtigung auch die Übernahme dieses Modelles für andere Einrichtung wäre, wie beispielweise die Musikschule Potsdam.

Sie betont, dass nur ca. 6 - 7 Personen ihren Lebensunterhalt mit der Tätigkeit an der VHS Potsdam finanzieren. Für die meisten Dozenten sei die Arbeit eine Nebentätigkeit.

Sie bietet an, die Thematik der Honorare regelhaft im Zuge der Aufstellung des Doppelhaushaltes aufzurufen.

Frau Spaan erklärt, dass der Kursleiterrat gehofft hatte, eine Einladung seitens der Stadt zur Absprache des Vorentwurfes zu erhalten. Dies sei nicht geschehen. Der Kursleiterrat sei aber bereit eine Zusammenarbeit zu ermöglichen.

Frau Aubel informiert, dass den Kursleitern ein erster Entwurf zur Verfügung gestellt worden ist und man daraufhin keine Rückmeldung erhalten habe – nur über die Presse.

Herr Wollenberg merkt an, dass man zwischen freiberuflich Tätigen und festangestellten Dozenten unterscheiden müsse.

Herr Wohlfahrt bringt den Änderungsantrag der Fraktion DIE aNDERE mit folgendem Wortlaut ein:

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge die Honorarordnung der Volkshochschule mit folgenden Änderungen beschließen:

§ 3 Unterrichtseinheit und Honorarhöhe

(1) Die nachfolgend genannten Honorarsätze beziehen sich auf Unterrichtseinheiten (UE) von jeweils 45 Minuten Dauer, sofern nicht ausdrücklich eine andere Zeiteinheit vereinbart wird. Die Honorarhöhe richtet sich grundsätzlich nach dem Honorarraum gemäß Anlage 1 der Honorarordnung.

(2) Für die Leitung von Kursen wird in Abhängigkeit vom Bildungsinhalt, der Qualifikationen der Honorarkräfte und unter der Voraussetzung des Erreichens der jeweiligen Mindestteilnehmerzahl grundsätzlich ein Standardhonorarraum in Höhe von ~~28,00 bis zu 35,00~~ **35,00 bis zu 42,00** Euro pro UE angesetzt (Anlage 1). Sofern ein Kurs/eine Veranstaltung nicht die erforderliche Mindestteilnehmerzahl erreichen sollte, kann der Kurs/die Veranstaltung nach Abstimmung mit dem Leiter/der Leiterin der Volkshochschule durchgeführt werden. ~~In diesem Fall gilt der Standardhonorarraum der Anlage 1 nicht. Das Honorar ist vielmehr individuell aus zu verhandeln.~~

Anlage 1

1. Einsteiger mit fachlicher Qualifikation, aber ohne pädagogische Erfahrung erhalten ein Honorar im unteren Bereich des Honorarraums in Höhe von ~~28,00-~~ **35,00** Euro pro Unterrichtseinheit (45 Minuten).
2. Honorarkräfte mit nachweisbarer Unterrichtserfahrung von mindestens 2 Jahren in der Erwachsenenbildung können ~~30,00~~ **37,00** Euro erhalten.
3. Honorarkräfte, die mindestens 3 Jahre lang in der Volkshochschule im Bildungsforum Potsdam unterrichtet haben, können ~~32,00~~ **39,00** Euro pro Unterrichtseinheit (45 Minuten) erhalten.
4. Honorarkräfte mit Nachweis eines abgeschlossenen Lehramtsstudiums oder einer pädagogischen Zusatzqualifikation im relevanten Programmbereich können den Höchstsatz von ~~35,00~~ **42,00** Euro erhalten.

Er erklärt, dass andere Städte wie Berlin hier eine Vorbildfunktion haben. Die Fraktion DIE aNDERE unterstütze die Änderungen der Kursleiter.

Auf Nachfrage von **Herrn Wollenberg** zur Staffelung erläutert **Herr Dr. Xhyra**, dass ein Mindestbetrag von 32 € Euro pro UE für alle tätigen Dozenten festgelegt ist. Für Dozenten die 35 € Euro pro UE erhalten ist eine spezifische Qualifikation

erforderlich.

Er informiert, dass man mit 35 € Euro pro UE im Bundesvergleich deutlich über dem Durchschnitt liege. Auch das Berliner Modell sei ein Ausnahmefall. Beispielsweise liege das Honorar in Frankfurt am Main bei 30 € pro UE.

Herr Wohlfahrt merkt an, dass man die Vor- und Nachbereitungszeit für die Dozenten mitbeachten müsse. Eine Bezahlung nach Unterrichtsstunde sei demnach nicht möglich. Man dürfe keine Vergleiche mit anderen Städten, in denen die Bezahlung geringer ist ziehen. Weiterhin sei die Prüfung des Berliner-Modells gewollt.

Frau Naundorf berichtet, dass die Tätigkeit als VHS-Dozent eher eine zusätzliche Arbeit, als Nebenjob sei und diese damit nicht Rentenpflichtig sei. Das Konzept der Volkshochschule vom Bundesgesetzgeber sehe dies auch nicht vor. Unter diesen Gesichtspunkten sei die Regelung in Potsdam bereits sehr gut.

Frau Aubel ergänzt, dass die Stadt für eine Staffelung sei und somit alle Beteiligten profitieren. Auch das Thema der Fortbildungen werde man weiterhin auf der Agenda haben.

Herr Adler fragt, ob die Fraktion DIE aNDERE für die Erhöhung in ihrem Änderungsantrag eine Deckungsquelle im Haushalt angeben könne.

Herr Böttcher erklärt, dass dies nicht der Fall sei, aber auch dem städtischen Antrag diese Deckungsquelle fehle und diese sowieso gefunden werden müsse.

Frau Aubel verweist auf die in der Vorlage genannten finanziellen Auswirkungen.

Der Änderungsantrag der Fraktion DIE aNDERE wird mit folgendem Abstimmungsergebnis **abgelehnt**:

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	1
Ablehnung:	6
Stimmenthaltung:	0

Die Vorlage wird in der geänderten Fassung der Verwaltung vom 23.08.2018 (nach Behandlung im FA am 20.06.2018) zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Neufassung der Honorarordnung - Volkshochschule Potsdam (VHS) (**neue Fassung vom. 23.08.2018**)

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	1
Stimmenthaltung:	0

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

zu 4.1 Gesamtkonzept für die Stadtteilarbeit ab 2018

Vorlage: 18/SVV/0648

Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Soziales und Gesundheit

zurückgestellt bis zur Oktobersitzung.

zu 4.2 Vorstellung Grundbildungszentrum

zurückgestellt bis zur Oktobersitzung.

zu 4.3 Schulstandort im Bereich der Medienstadt

Frau Aubel informiert zum Interessenbekundungsverfahren zum Neubau einer Grundschule mit Zweifeldsporthalle im Rahmen eines ÖPP-Modells. Dieses sei auf der Homepage www.potsdam.de einsehbar. Die Ausschreibung für die Beratungsunternehmen und das Interessenbekundungsverfahren laufen parallel.

Frau Frevert fragt, ob die Bebauung an der Medienstadt damit feststehe.

Frau Aubel erklärt, dass es sich hier um einen langen Prozess handle. Der Standort Medienstadt müsse sich als wirtschaftlicher oder gleichrangig im Vergleich zur kommunalen Realisierung herausstellen und auch die Kommunalaufsicht muss dies letztendlich befürworten.

Auf Nachfrage von **Herrn Sima** zur Zeitschiene, bis Ergebnisse vorliegen informiert **Frau Aubel**, das man in der nächsten Sitzung den Zeitplan vorstellen könne.

zu 4.8 Situation am Luftschiffhafen / Olympiastützpunkt

Frau Aubel informiert dass das geplante, gemeinsame Gespräch mit den Vereinen nun stattgefunden habe. Für die anstehende Grundsanierung des Stadions habe man eine Nutzerbefragung durchgeführt. Diese Bedarfe werde man in die Planung miteinfließen lassen.

Ein Planungsbüro wird hierzu seitens der LSH GmbH beauftragt. Sobald dies geschehen ist und der Ablauf klar sei werde man sich noch einmal mit den Vereinen abstimmen. Auch habe ein bilaterales Gespräch mit Turbine bereits stattgefunden.

Frau Aubel geht auf folgende Frage ein, welche im Vorfeld der Sitzung durch **Herrn Sima** gestellt wurde:

„Besteht (zumindest theoretisch) die Möglichkeit am LSH auf (bisher) nicht bebauten Flächen (auch bereits existierende) Trainingsplätze zu schaffen bzw. zu verändern, die in den Abmaßen die Wettkampfbedingungen für Fußballvereinssport erfüllen? Wie sind die Verfügbarkeiten (Eigentumsverhältnisse) dieser Flächen d.h. hat die LSH bzw. ein städtisches Unternehmen (wie ProPotsdam, Stadtwerke, ViP) Zugriff oder ein Vorkaufsrecht?“

Frau Aubel erklärt dazu, dass die theoretische Möglichkeit bestünde und man diese geprüft habe.

Im Nebenstadion sei diese Möglichkeit aufgrund von zu erwartenden Nutzungskonflikten nicht realisierbar – auch sei der Platz nicht für die Fußballnutzung konzipiert.

Der sog. „Käfig“ könne nicht vergrößert werden, da das Grundstück im Besitz der ProPotsdam sei.

Auch im Hauptstadion sei ein normgerechter Sportplatz nicht realisierbar.

Herr Sima fragt, ob weiterer Bedarf an der Durchführung eines „runden Tisches“ bestehe. Der 1. FFC Turbine Potsdam sei ohne normgerechten Fußballplatz nicht wettbewerbsfähig.

Frau Aabel erläutert, dass keine Verschlechterung der Situation für Turbine bestehe. Für die Fälle, in denen das Training für Turbine durch die Potsdam Royals nicht möglich ist wurden dem Verein Ausweichmöglichkeiten angeboten, die alle normgerecht sind. Es ergebe sich also keine Wettkampfunfähigkeit. Sobald der Spielplan der Royals vorliege, werde es erneut ein gemeinsames Gespräch geben.

Herr Dr. Henrich merkt an, dass man sich innerhalb des Luftschiffhafens und zwischen den Vereinen einigen müsse.

Herr Wollenberg geht auf die Möglichkeit einer Übertragung von Immobilien von der ProPotsdam ein, da diese ein städtisches Unternehmen ist.

Frau Aabel sagt zu, eine Information nach den Gesprächen mit der ProPotsdam im Ausschuss zu geben.

zu 3.6 Inklusion im Sport fördern

Vorlage: 18/SVV/0351

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

GSI

Herr Viehrig informiert, dass bereits ein Votum des GSI-Ausschusses vorliege. Dieser hat die Drucksache in seiner Sitzung am 19.06.2018 wie folgt geändert angenommen:

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die folgenden Anliegen des Beauftragten für Menschen mit Behinderung, Herrn Richter, wie in seinem Report für 2018 dargestellt, umzusetzen:

- ~~1. Benennen einer zentralen Ansprechperson, die Informationen über Sportangebote für Menschen mit Behinderung bündelt und zur Verfügung stellt. Diese Person sollte Gleichgesinnte zusammenbringen, um auch neue Angebote in Absprache mit den Potsdamer Vereinen zu schaffen. Des Weiteren hilft sie bei der Organisation von Belegungszeiten in den Potsdamer Sportstätten.~~
- ~~2. Gründung Netzwerk inklusiver Sport. Die zentrale Ansprechperson fungiert als Initiator zur Schaffung von Netzwerken zwischen Schulen, Vereinen, Selbsthilfeverbänden, Einrichtungen der Behindertenhilfe und weiteren Institutionen. Die Ansprechperson steigert den Informationsfluss und fördert die Schaffung von Verbindlichkeit und Nachhaltigkeit. Die Ansprechperson vermittelt auch als Moderator zwischen den Instanzen. Dies ist vor allem wichtig, um kleinere Vereine zu einer Öffnung zu inklusiven Strukturen zu ermutigen und zu vernetzen sowie um einen festen Ansprechpartner im kommunalorganisierten Sportsystem zu bieten.~~
3. Ausbau barrierefreier Sportstätten und Aufbau eines barrierefreien Informationsportals,

indem sich online die entsprechenden Angebote für Menschen mit und ohne Behinderung wiederfinden.

Frau Naundorf bringt die Vorlage ein. Ein Ansprechpartner für die Vereine sei notwendig. Beispielsweise auch als Initiator für Fortbildungsveranstaltungen auf diesem Gebiet für Vereine.

Herr Viehrig erklärt, man müsse zunächst den Punkt 3 des Antrages (siehe GSI-Beschluss) abarbeiten, bevor ein entsprechendes Netzwerk gegründet werde. Er fragt, ob die Koordinierung nicht durch den Stadtsportbund erfolgen könne. Vielleicht könne man dort eine solche Stelle schaffen bzw. diese Aufgabe mit einer vorhandenen Stelle verknüpfen.

Herr Dr. Henrich informiert, dass der Stadtsportbund die Inklusion in seine Arbeit einbeziehe. Im letzten Jahr seien aber nur drei Anfragen eingegangen. Die materiellen Bedingungen seien noch nicht gegeben gewesen. Für den Stadtsportbund spiele das Thema eine wichtige Rolle, da einige Sportvereine den Behindertensport anbieten, dementsprechend müsse auch dafür gesorgt werden, dass die erforderlichen Bedingungen geschaffen werden. Das Andocken der Stelle im Stadtsportbund halte er für sinnvoll.

Herr Richter (Beauftragter für Menschen mit Behinderung) informiert über eine Umfrage, welche im letzten Jahr durchgeführt wurde. In der Auswertung dieser zeigte sich ein starkes Informationsdefizit. Vielen Vereinen sei nicht klar, dass es beispielsweise einen Ansprechpartner zum Thema beim Stadtsportbund gebe. Die Bündelung an einer Stelle sei wichtig. Hierzu müsse es eine neue Stelle geben. Diese könnte durch Förderorganisationen wie die „Aktion Mensch“ oder ähnlichen beantragt werden. Er informiert, dass am 09. Oktober 2018 eine Netzwerkveranstaltung zum Thema Inklusion durchgeführt werde.

Herr Wollenberg merkt an, dass ein Koordinator für die Anlaufphase erforderlich sei grundsätzlich müsse die Koordinierung später aus dem Netzwerk heraus organisiert werden.

Da sich beide Anträge aufeinander beziehen geht **Herr Viehrig** auf den Antrag Gründung eines Netzwerkes „Inklusiver Sport“ in der Landeshauptstadt – 18/SVV/0335 ein. Im Antragstext der Fraktion DIE LINKE sieht das beim Bereich Sport ein Vertreter beauftragt werden soll, der als Koordinator, bis zum Zeitpunkt der Gründung des Netzwerkes als fester Ansprechpartner fungiert. Da es bereits einen Beauftragten für Menschen mit Behinderung in der Stadtverwaltung gebe sei Herr Richter ein passender Ansprechpartner.

Der Antrag wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die folgenden Anliegen des Beauftragten für Menschen mit Behinderung, Herrn Richter, wie in seinem Report für 2018 dargestellt, umzusetzen:

1. Benennen einer zentralen Ansprechperson, die Informationen über Sportangebote für Menschen mit Behinderung bündelt und zur Verfügung stellt. Diese Person sollte Gleichgesinnte zusammenbringen, um auch neue Angebote in Absprache mit den Potsdamer Vereinen zu schaffen. Des Weiteren hilft sie bei der Organisation von Belegungszeiten in den

Potsdamer Sportstätten.

2. Gründung Netzwerk inklusiver Sport. Die zentrale Ansprechperson fungiert als Initiator zur Schaffung von Netzwerken zwischen Schulen, Vereinen, Selbsthilfeverbänden, Einrichtungen der Behindertenhilfe und weiteren Institutionen. Die Ansprechperson steigert den Informationsfluss und fördert die Schaffung von Verbindlichkeit und Nachhaltigkeit. Die Ansprechperson vermittelt auch als Moderator zwischen den Instanzen. Dies ist vor allem wichtig, um kleinere Vereine zu einer Öffnung zu inklusiven Strukturen zu ermutigen und zu vernetzen sowie um einen festen Ansprechpartner im kommunalorganisierten Sportsystem zu bieten.
3. Ausbau barrierefreier Sportstätten und Aufbau eines barrierefreien Informationsportals, indem sich online die entsprechenden Angebote für Menschen mit und ohne Behinderung wiederfinden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

zu 3.7 Gründung Netzwerk "Inklusiver Sport" in der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 18/SVV/0335

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

GSI

Der Antrag wird wie folgt **geändert** zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in Abstimmung mit dem Stadtsportbund Potsdam, dem Bereich Sport bei der Landeshauptstadt Potsdam und dem Behindertenbeirat Potsdam die Gründung eines Netzwerkes „Inklusiver Sport“ vorzubereiten.

Mit den Vorbereitungen der Gründung wird ~~beim Bereich Sport~~ **in der Verwaltung** ein Vertreter beauftragt, der als Koordinator bis zum Zeitpunkt der Gründung des Netzwerkes als fester Ansprechpartner fungiert.

Die Stadtverordnetenversammlung Potsdam ist in ihrer Sitzung am 07. November 2018 über den Stand der Vorbereitungen für die Gründung des Netzwerkes zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

**zu 4.4 Aktuelle Situation Schulentwicklungsplanung
Sachstand Baumaßnahmen**

Herr Richter informiert, dass es bezüglich der aktuellen Baumaßnahmen keine negativen Nachrichten zu verkünden gebe. Die aktuelle Präsentation werde der

Niederschrift als Anlage beigefügt. **(Anlage 3)**

Frau Wieczorek fragt nach der zeitlichen Planung am Standort Rote Kaserne.
Herr Richter informiert, dass die Fertigstellung bis zum nächsten Schuljahr geplant sei, diese Zeitschiene könne gegebenenfalls knapp werden.

Herr Böttcher fragt nach dem Standort am Schlaatz.
Herr Richter informiert, dass die EU-Ausschreibung in ca. einem halben Jahr abgeschlossen werde.

Herr Sima fragt nach dem aktuellen Stand für den Standort Heinrich-Mann-Allee
Herr Richter informiert, dass Gespräche mit der Schulleiterin, Frau Dr. Gnadt geführt wurden und eine andere Lösung für die Kita gefunden wird.

Herr Böttcher fragt die Verwaltung im Ausschuss eine Berichterstattung zum Thema Verlegung des Strandbades geben könne.
Frau Aubel bejaht dies.

zu 4.5 Konzept Ausschreibungsbedingungen für die Schulreinigung

Herr Richter stellt das Konzept anhand einer Präsentation vor. (siehe **Anlage 4**)
Durch die neudefinierten Bedingungen seien an den meisten Schulen mittlerweile positive Ergebnisse sichtbar. Und der KIS habe bereits einige positive Rückmeldungen der Schulleitungen erhalten.
Personalprobleme bei den Unternehmen seien jedoch weiterhin vorhanden.
Hier werde aber seitens der Unternehmen für Verbesserung gesorgt.

Frau Frevert merkt an, das ein weiteres Problem auch die fehlenden Deutschkenntnisse des Reinigungspersonales seien. Teilweise würden diese die Reinigungsbücher gar nicht lesen können.
Herr Richter informiert, dass für diese Problematik grundsätzlich deutsche Vorarbeiter eingesetzt werden.

zu 4.6 Anforderungen Arbeitsschutz Goethe-Grundschule

Frau Aubel informiert, dass die Mängel sich größtenteils auf die Ausstattung bezogen und nur wenige bauliche Mängel festgestellt wurden.
Sie informiert, dass alle Empfehlungen, welche nach der Arbeitsschutzbegehung gegeben wurden durch den KIS geprüft und soweit technisch möglich beseitigt wurden. Bei Sanierungsmaßnahmen sowie Neubauten werden grundsätzlich Arbeitsschutzbegehungen durchgeführt, um den Anforderungen gerecht zu werden.

zu 4.9 Berichterstattung Schulplanung Krampnitz

Frau Aubel berichtet, dass nach aktuellen Planungen ab 2022 eine dreizügige Grundschule, bis 2026 eine weitere Grundschule und danach eine weiterführende Schule benötigt werde.
Aktuell gebe es Gespräche mit der ProPotsdam zur Machbarkeitsstudie für das Bestandsgebäude der Grundschule.

Bezüglich der weiterführenden Schule wurden in der Arbeitsgruppe Schulentwicklungsplanung unter Einbeziehung des Staatlichen Schulamtes die Vor- und Nachteile der Schulform besprochen. In der nächsten Arbeitsgruppensitzung gebe es dazu die Auswertung.

Sie sagt einer Berichterstattung im Ausschuss zu den Ergebnissen aus der nächsten Arbeitsgruppe Schulentwicklungsplanung zu.

zu 5 Sonstiges

zu 5.1 Information Ü7-Verfahren

Frau Aubel verweist auf den diesbezüglichen Artikel aus der PNN. Wie dort bereits veröffentlicht konnten 90 % der Schülerinnen und Schüler an ihrer Wunschschule aufgenommen werden.

zu 5.2 Information Sanierung Becken Schwimmhalle am Luftschiffhafen

Herr Gessner informiert, dass die Sanierung nach Plan verlaufe und der zeitliche Rahmen bisher eingehalten werde.

Anlaufschwierigkeiten habe es allerdings gegeben. Da Einschränkungen für die Nutzer erforderlich waren habe es anfangs diesbezüglich auch Kritik gegeben. Trotzdem sei die Solidarität bei den Nutzern zu spüren.

Frau Aubel ergänzt, dass seitens der Trainer das Signal gegeben wurde, dass für die Zeit der Sanierung Lösungen miteinander gefunden werden.

zu 5.3 Arbeitsgruppe Schulentwicklungsplanung

Frau Aubel informiert, dass die Sitzung am 16.08.2018 stattgefunden hat und sich über eine künftige regelmäßige Zusammenkunft verständigt wurde

zu 5.4 Situation an der Friedrich-Wilhelm-von-Steuben Gesamtschule

Frau Aubel informiert, dass der ehem. Schulleiter der Steuben-Gesamtschule derzeit nicht im Dienst sei.

Herr Dörnbrack ergänzt, dass ein Lehrer aus dem Kollegium der Schule die kommissarische Schulleitung übernommen habe. Die stellvertretende Schulleitung bleibt unverändert.

zu 5.5 nächste Ausschusssitzungen

Herr Viehrig informiert zu den nächsten Sitzungsorten.

Die Ausschusssitzung im Oktober werde voraussichtlich in der Zeppelin-Grundschule durchgeführt. Im November werde dann wieder im Raum 1.077 getagt. Die Dezembersitzung wird voraussichtlich in der Hanna-von-Pestalozza-Schule stattfinden.

zu 5.6 Information zum Thema Jugendschule am Schlänitzsee der Montessori-Oberschule

Frau Aabel berichtet, dass in der vergangenen Woche durch die Bauaufsicht eine Nutzungsuntersagung für die Schule zur Nutzung des Geländes in Grube. Die Schulleiterin habe ein großes Interesse, das die Nutzung des Geländes bald wieder ermöglicht wird und die Schule ihr Konzept weiterverfolgen kann. Die Eltern wurden in Form eines Elternbriefes über die Situation informiert. Es werden die erforderlichen Schritte eingeleitet, um schnellstmöglich wieder einen rechtsfähigen Zustand herzustellen und die aktuell vorliegende Gefahrensituation zu beseitigen.